

Niederschrift
über die Sitzung des Psychiatriebeirates (Regionalplanungskonferenz)
am 08.11.2023

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 13:30 Uhr
Sitzungspause: 15:02 Uhr - 15:10 Uhr
Ende: 16:14 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Özgür Aydin
Frau Bernadette Brandtmann
Herr Thorsten Buick
Frau Christiane Faist-Schweika
Herr Frank Gauls
Herr Rainer Göke
Frau Beate Graul
Herr Jan-Gert Hein (ab 13:58 Uhr)
Herr Rüdiger Klein
Herr Jens Georg Köhler
Frau Gisela Krutwage
Frau Anke Lesner
Herr Daniel Müller
Herr Udo Pohle
Frau Mareike Rüweler
Frau Regine Schrader
Frau Nicole Steininger

Verwaltung

Herr Jakob Bergen Büro für Sozialplanung
Herr Peter Hiltawsky Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Claudia Schoof Büro für Sozialplanung

Gäste

Herr Lorenz Dehn Ev. Klinikum Bethel
Frau Gollenbeck LWL – Dezernat Jugend und Schule
Herr Herrmann LWL - Inklusionsamt Soziale Teilhabe
Frau Hiller LWL - Inklusionsamt Soziale Teilhabe
Frau Schäfer Stiftung Bethel.regional
Frau Schwentker GPV-Projekt

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Anke Berkemeyer
Frau Heleen Eva Blondeel
Herr Dr. Matthias Böhringer
Frau Christa Großmann
Frau Sabine Jacobs
Frau Sandra Münstermann
Herr Hans-Jürgen Nolte

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Klein eröffnet die 13. Sitzung des Psychiatriebeirates und Regionalplanungskonferenz als öffentliche Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er erläutert, dass die Regionalplanungskonferenz in diesem Jahr auf Beschluss des Psychiatriebeirates vom 06.09.2023 erstmalig in öffentlicher Sitzung durchgeführt werde und begrüßt insbesondere die anwesenden Gäste. Die Einladung sei deshalb zusätzlich über den Verteiler der PSAG Bielefeld verschickt worden, die Sitzungsunterlagen des öffentlichen Teils seien im Ratsinformationssystem der Stadt Bielefeld öffentlich zugänglich.

Darüber hinaus sei durch Herrn Dr. Lorenz Dehn von der Arbeitsgruppe „Psychosoziale Versorgungs- und Teilhabeforschung“ - Universitätsklinikum für Psychiatrie und Psychotherapie - und Frau Rüweler - Stadt Bielefeld - eine gesonderte Einladung an psychiatrieeerfahrene Personen ergangen, als Beobachterinnen an der Regionalplanungskonferenz teilzunehmen und sich in einer späteren Veranstaltung in kleiner Runde über die Erfahrungen auszutauschen.

Zu Punkt 1

Verpflichtung neuer Mitglieder

Vorsitzender Herr Klein begrüßt Frau Cornelia Neumann und Herrn Udo Pohle als neue Mitglieder des Psychiatriebeirates (PB). Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) habe beide in seiner letzten Sitzung am 17.10.2023 als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt. Frau Neumann übernehme die Nachfolge von Frau Fast-Schweika. Herr Pohle vertrete auf Vorschlag des Vorstandes des Psychiatriebeirates die Angehörigen von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld.

Frau Cornelia Neumann und Herr Udo Pohle werden vom Vorsitzenden Herrn Klein nach folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Frau Cornelia Neumann und Herr Udo Pohle bekräftigen ihre Zustimmung mit einem vernehmbaren „Ja.“

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Terminübersicht Psychiatriebeirat 2024

Vorsitzender Herr Klein verweist auf die mit der Einladung versandten Sitzungstermine für das kommende Jahr 2024.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Inklusionsdinner 2023

Vorsitzender Herr Klein verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Ombudspersonen nach § 16 WTG - Umsetzung bei der Stadt Bielefeld - Drs. Nr. 6847/2020-2025

Vorsitzender Herr Klein informiert über die Beratung der mit der Einladung versandten Informationsvorlage im SGA. Die Bestellung einer Ombudsperson sei in der nächsten Sitzung des SGA am 21.11.2023 vorgesehen.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Open Sundays - Etablierung als Regelangebot und finanzielle Absicherung Drs.-Nr. 6718/2020-2025

Vorsitzender Herr Klein informiert über die Beratung der mit der Einladung versandten Beschlussvorlage im SGA.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage zu psychosozialen Beratungsstellen im Integrationsrat am 27.09.2023 - Drs.-Nr. 6795

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6795/2020-2025

Text der Anfrage:

- 1) *Wie viele psychosoziale Beratungsstellen gibt es in Bielefeld und in welcher Trägerschaft sind diese?*
- 2) *Arbeiten diese psychosozialen Beratungsstellen mehrsprachig, rassistisch, rassistensibel, traumaspezifisch, traumasensibel?*
- 3) *Wie wird der Bedarf der Adressat*innen (Herkunft, Alter, Sprache, Geschlecht usw.) ermittelt?*

Antwort der Verwaltung:

1) *Einen guten Überblick über die psychosozialen Beratungsstellen in Bielefeld gibt der Psychosoziale Wegweiser der GfS, der aus Geldern des Corona-Aktionsplans digitalisiert und aktualisiert wurde: psychosozialer-wegweiser-bielefeld.de. Hier kann nach Beratungsstellen gefiltert werden: <https://www.psychosozialer-wegweiser-bielefeld.de/listing-Kategorien/beratungsstellen/>*

Es sind 34 Beratungsstellen gelistet, in unterschiedlichen Trägerschaften.

2) *Die Beratungsstellen haben die Möglichkeit – sofern sie nicht selbst über Mitarbeitende mit entsprechenden Sprachkenntnissen verfügen – Sprachmittler*innen über einen Pool und finanziert über das KI (Kommunales Integrationszentrum) hinzuzuziehen.*

Wir gehen davon aus, dass alle Beratungsstellen rassistuskritisch, rassistussensibel, traumaspezifisch und traumasensibel arbeiten, weil es grundlegend in der Arbeit einer psychosozialen Beratungsstelle verankert ist, die Hintergründe und Lebenswelten der zu beratenden Personen einzubeziehen und wertfrei auf geschilderte Problemlagen einzugehen. Besonders hervorzuheben im Bereich interkulturelle Kompetenz und/oder rassistuskritische Ansätze sind beispielsweise das Psychosoziale Zentrum (PSZ) für traumatisierte Flüchtlinge des AK Asyl, die Psychologische Frauenberatung e.V., Nadeschda – Frauenberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel, die Beratungsstellen der GfS/AWO in Baumheide und Stieghorst, die ambulante Suchthilfe – Caritasverband Bielefeld e. V., Drogenberatung e.V. und Frauennotruf e.V.

3) Der Bedarf orientiert sich an den Anfragen, die an die Beratungsstellen gerichtet werden.

Frau Rübeler weist darauf hin, dass die vorgenannte Aufzählung keine vollständige Erfassung unter Berücksichtigung eines vorgegebenen Kriterienkataloges sei, hierfür bedürfe es wegen der dafür erforderlichen Ressourcen eines entsprechenden Auftrages aus der Politik an die Verwaltung.

Frau Schrader fragt, ob die Muttersprachlichkeit von Beratungsstellen im psychosozialen Bereich angegeben werden könne, z.B. im Psychosozialen Wegweiser. Vorsitzender Herr Klein weist darauf hin, dass die Einträge in den Psychosozialen Wegweiser von den Teilnehmenden selbst vorgenommen werden könnten. Er schlägt vor, die Beratungsstellen in geeigneter Weise aufzufordern, die Website zu nutzen.

Regionalplanungskonferenz

Vorsitzender Herr Klein erläutert kurz die Hintergründe und Grundlagen der Regionalplanungskonferenz und der Datenerhebungen.

Zu Punkt 4

Datenerhebungen

Zu Punkt 4.1

Daten zur Versorgung nach dem Neunten Buch des Sozialgesetzbuches - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (SGB IX)

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Göke vom LWL, der die Daten der Sozialplanung für die Eingliederungshilfe vorstellt. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Die ambulante Betreuung in Form der Assistenz in eigener Häuslichkeit werde sowohl in Bielefeld als auch in ganz Westfalen von Menschen mit psychischer Behinderung weiterhin ansteigend in Anspruch genommen. Auch die Angebote des intensiv betreuten Wohnens würden weiter ausgebaut. Zu Folie 5 weist Herr Göke darauf hin, dass die Datenbank leider

noch unvollständige Daten ergebe. Anstelle der für 2022 angegebene Zahl von 60 hätten rd. 90 Personen das intensiv betreute Wohnen in Bielefeld genutzt.

Herr Hein weist darauf hin, dass das Durchschnittsalter sowohl bei der Assistenz in eigener Häuslichkeit als auch bei den Beratungskunden der Drogenberatung steige. Gleichzeitig nehme die Inanspruchnahme der Assistenz in eigener Häuslichkeit von Personen mit Suchterkrankungen ab. Er fragt nach möglichen Ursachen für diesen Trend.

Herr Göke vermutet die größere Selbstbestimmung der Hilfesuchenden als einen Faktor. Herr Herrmann vom LWL erklärt, dass bei dem Personenkreis der Suchterkrankten häufig eine Doppeldiagnose vorliege, aber nur ein Merkmal statistisch ausgewertet werden könne, das sei dann oft die psychische Beeinträchtigung.

Vorsitzender Herr Klein merkt an, dass die diskutierte Entwicklung in Bielefeld von der in Westfalen abweiche. Er empfiehlt, das Thema weiter zu betrachten und in der Arbeitsgemeinschaft Suchthilfe aufzugreifen.

Herr Göke berichtet, dass der Abbau von Plätzen in den besonderen Wohnformen in Bielefeld zugunsten unterversorgter Regionen in Westfalen weiter voranschreite (Folie 8).

Vorsitzender Herr Klein ergänzt die Zahlen von Herrn Göke um die Umwandlungen im Jahr 2023: 14 Plätze seien bei der Behindertenhilfe abgebaut worden und im Bereich der Psychiatrie hinzugekommen. Im Bereich der Suchthilfe seien 10 weitere Plätze für ältere, substituierte, chronisch mehrfach abhängige Patienten geschaffen worden.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Daten zur Versorgung nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches - Sozialhilfe - (SGB XII), hier: „Hilfe in besonderen Lebenslagen“

Zu diesen Daten gibt es keine Fragen. Auf eine weitergehende Erörterung wird aus Zeitgründen verzichtet.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Daten zur Versorgung nach dem Fünften Buch des Sozialgesetzbuches - Gesetzliche Krankenversicherung - (SGB V)

Herr Klein präsentiert die vorliegenden Daten. Zur Folie 5 erläutert er die Diagnoseschlüssel und geht kurz auf die Entwicklung der stationären und teilstationären Angebote ein. Abschließend stellt er das Angebot der ambulanten Behandlung und die Sitze für Therapeutinnen und Therapeuten vor. Mit der Folie 16 zieht er hierzu das Fazit, dass es lediglich für Kinder- und Jugendpsychiater*innen in der Raumordnungsregion Bielefeld noch Niederlassungsmöglichkeiten gebe. Die rechnerische Überversorgung bei den Psychotherapeut*innen und Nervenärzt*innen liege auch daran, dass die Planungsgrundlagen veraltet seien.

Herr Köhler ergänzt, dass die Kassenärztliche Vereinigung davon ausgehe, dass die Stadt Bielefeld einen Versorgungsauftrag auch für die Umgebung habe. Somit würden Menschen aus angrenzenden Städten und Gemeinden in Bielefeld Psychotherapieleistungen in Anspruch nehmen.

Herr Klein betont, dass die Versorgungssituation bei den Kinder- und Jugendpsychiater*innen anders aussehe: hier liege die Raumordnungsregion Bielefeld auf dem vorletzten Platz in Westfalen-Lippe und es gebe noch vier freie Sitze. Es gebe insgesamt zu wenig Ärzte und Ärztinnen für Kinder- und Jugendpsychiatrie, daran habe bislang auch die vor vier Jahren gegründete Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie nichts geändert.

Eine Zuhörer*in merkt an, dass es lange Wartezeiten und Wartelisten für Psychotherapie gebe und sie daher keine bedarfsdeckende Versorgung sehe. Herr Klein bestätigt, dass die Zulassungszahlen nicht ausreichend seien, dass aber u.a. aufgrund des bestehenden Stadt-Land-Gefälles eine Erhöhung der Sitze in den Zentren derzeit nicht absehbar sei.

Frau Brandtmann erläutert auf die Nachfrage von Herrn Hein, dass für Pädagog*innen eine Approbation als Kinder- und Jugendpsychotherapeut*in nur noch bis 2032 möglich sei. Danach erfülle die Voraussetzung nur noch ein Psychologiestudium.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Daten zu Krisenintervention und Unterbringungen des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPsD) der Stadt Bielefeld

Herr Köhler stellt anhand der vorliegenden Präsentation den Sozialpsychiatrischen und Ordnungsbehördlichen Dienst der Stadt Bielefeld vor.

Auf die Nachfrage von Herr Aydin erläutert Vorsitzender Herr Klein, dass auf Folie 4 in der Darstellung des Jahres 2019 die Vorstellungen in der Klinik fehlten. Seit rd. 20 Jahren gebe es jährlich rd. 500 Zwangseinweisungen. Herr Köhler ergänzt, dass diese der Gefahrenabwehr in einer akuten Krisensituation dienten und nicht immer zu einer längeren stationären Unterbringung führten.

Herr Köhler verneint die Frage aus dem Publikum, ob in der Statistik nach Selbst- und Fremdgefährdung differenziert werden könne.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Daten des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD) der Stadt Bielefeld

Frau Brandtmann erläutert in Vertretung für Frau Langenbrinck die Statistik für 2023 des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes.

Seit dem 15.10.2023 bestehe das Team aus vier Teilzeitkräften. Es gebe eine deutliche Zunahme bei den Schulfähigkeitsgutachten. Die Leistungsdiagnostik sei bislang aufgrund der fehlenden Räumlichkeiten nicht möglich gewesen. Dies habe sich aktuell durch den Umzug in die Nikolaus-Dürkopp-Str. 2a geändert.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie sei momentan personell nicht gut besetzt, es fehlten sowohl Ärztinnen und Ärzte, als auch Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Die Nachsorge nach stationärem Aufenthalt finde aus Kapazitätsgründen nicht in der Klinik statt. In 2023 habe es zum ersten Mal eine Warteliste beim KJPD gegeben.

Frau Gollenbeck aus dem LWL-Dezernat Jugend und Schule, dort zuständig für Soziale Teilhabe für Kinder und Jugendliche, ergänzt um die Eingliederungshilfeleistungen des LWL für Kinder und Jugendliche im Jahr 2022. Diese Daten würden mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt. Sie sind der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Frau Gollenbeck geht näher auf die Leistungen über Tag und Nacht ein. Rd. 50 Prozent der versorgten Personen seien zwischen 14 und 18 Jahre alt. Es gebe immer noch Fehlbelegungen von 32 Prozent der Fälle. Zwei Drittel der versorgten Personen kämen aus Bielefeld, der Rest aus der Umgebung. Auch gingen jeweils 3 Fälle im Jahresdurchschnitt aus Bielefeld in Betreuungen in den Nachbarkommunen Gütersloh und Herford.

Herr Aydin wünscht sich Vergleichszahlen zur Entwicklung von Depressionen und Psychosen bei Kindern und Jugendlichen. Frau Brandtmann antwortet, dass diese Zahlen bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorlägen.

Eine Zuhörerin interessiert sich für Zahlen zu den Übergängen vom Jugendlichen zum Erwachsenen.

Vorsitzender Herr Klein bedankt sich bei Frau Brandtmann und Frau Gollenbeck für die Bereitstellung der Zahlen und schlägt vor, die Berichterstattung zum Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie inklusive der Übergänge in das Erwachsenenalter bei der Vorbereitung der nächsten Regionalplanungskonferenz besonders zu berücksichtigen.

-.-.-

Sitzungspause

Zu Punkt 5

Zwischenergebnisse des Projektes "Koordinationsstelle des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)"

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Projektkoordinatorin Frau Schwentker. Sie gibt anhand der vorliegenden Unterlagen einen Zwischenbericht zu dem Projekt.

Die notwendigen Entscheidungen für die Maßnahme 1 sollten auf der GPV-Klausurtagung im Februar 2024 getroffen werden.

Für die Maßnahme 10 sei in 2024 eine Modellphase geplant, bei der einmal pro Quartal eine Fallkonferenz in Form eines „Tischgespräches“ stattfinden solle.

Frau Schwentker hofft, dass das Recovery-College in Bielefeld (Maßnahme 19) im nächsten Jahr an den Start gehen werde.

Vorsitzender Herr Klein weist darauf hin, dass die Landesfinanzierung für das GPV-Projekt am 31.12.2024 auslaufe. Er hoffe auf eine Folgefinanzierung mit Beteiligung des Landes NRW.

-.-.-

Zu Punkt 6

Anschlussfinanzierung des Projektes "Beschäftigung im Sozialraum inklusiv - BiSi"

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Projektleiterin Frau Christine Schäfer von Bethel.regional. Diese gibt anhand einer Präsentation einen Überblick zum Projektstand. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage (**Anlage 2**) beigefügt.

Herr Göke erläutert, warum der LWL das Projekt BiSi nicht weiter fördere: diese freiwillige Leistung könne in der aktuellen Phase der Haushaltskonsolidierung nicht zugesagt werden. Für die Projektteilnehmenden werde nach einem guten Übergang in ein niederschwelliges Leistungsangebot der sozialen Teilhabe gesucht.

Vorsitzender Herr Klein macht auf einen Artikel zu dem Thema in der Fachzeitschrift „Psychiatrische Praxis“ aufmerksam. Er sehe für die Teilnehmenden des Projektes einen Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe gem. Bundesteilhabegesetzes. Auf dieser Grundlage gelte es nun, die Anschlussfinanzierung abzusichern.

Herr Aydin begrüßt das Projekt, weil es für eine höhere Lebensqualität und dadurch zu weniger Krisen bei den Teilnehmenden Sorge.

-.-.-

Zu Punkt 7

Sachstand - Einrichtung einer Diamorphin-Praxis an der Borsigstraße

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Schoof und Herrn Bergen vom Büro für Sozialplanung, die den verhinderten Herrn Heckersdorf vertreten.

Herr Bergen berichtet zur kommunalen Diamorphinpraxis: Der Bauantrag sei gestellt, Bauherrin sei die Drogenberatung e.V. Über die Erbpachtregelungen habe der Rat bereits entschieden. Die Politik stehe weiterhin hinter dem Projekt, es gäbe jedoch noch einige offene Punkte u.a. hinsichtlich der städtischen Absicherung des Kredits der Drogenberatung e.V. für den Neubau und des Betreibermodells der Diamorphin-Praxis.

Es habe auch Gespräche über ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Herrn Ackermann (Geschäftsführer der Klinikum Bielefeld gem.GmbH) gegeben. Für die diversen rechtlichen Fragen sei ein externes Rechtsgutachten in Arbeit.

Herr Müller ergänzt, die Medikus-Gruppe habe zu einer Besichtigung ihrer Praxisräume in der Naharija-Straße am 24.11.2023 eingeladen. Die AG Suchthilfe werde Herrn Plattner von der Medikus-Gruppe einladen, um sich

von ihm das Konzept der Diamorphin-Praxis der Medikus-Gruppe vorstellen zu lassen.

Vorsitzender Herr Klein kündigt an, dass Herr Plattner auch in die nächste Sitzung des Psychiatriebeirates eingeladen werden solle, damit sich der Psychiatriebeirat eine Meinung zur Einbindung in das regionale Versorgungskonzept bilden und eine Stellungnahme dazu abgeben könne.

-.-.-

Zu Punkt 8 Weiterführung des Teilhabefonds ab 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6870/2020-2025

Vorsitzender Herr Klein erläutert kurz den Teilhabefonds. Herr Müller als Mitglied des Vergabegremiums berichtet von beispielhaften Projekten, die der Teilhabefonds gefördert habe.

Da der Rat über diese Beschlussvorlage der Verwaltung noch nicht abschließend beraten hat, lässt Vorsitzender Herr Klein hierüber einen Beschluss fassen und abstimmen.

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. Der Teilhabefonds wird für drei Jahre ab 2024 im Umfang von 150.000 € jährlich weitergeführt. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 450.000 € erfolgt aus bereits veranschlagten Haushaltsmitteln des Büros für Sozialplanung (540).

2. Die in der Anlage beigefügten geltenden Richtlinien zur Vergabe der Projektmittel werden weiterhin angewendet.

3. Das vorhandene Vergabegremium bleibt bestehen. Dieses Gremium empfiehlt dem Sozialdezernat mind. zwei Mal im Jahr mittels $\frac{3}{4}$ -Mehrheitsbeschluss, welche Projekte gefördert werden sollen. Das Vergabegremium setzt sich wie folgt zusammen:

- **3 Vertreter*innen der Kommunalpolitik:**
 - **CDU-Fraktion: Herr Copertino, Frau Schineller (Stellvertreterin)**
 - **SPD-Fraktion: Frau Gorsler, Herr Kollmeier (Stellvertreter)**
 - **Fraktion Bündnis 90/Grüne: Herr Hood, Frau Bohne (Stellvertreterin)**
- **1 Vertreter*in des Integrationsrates:**
 - **Frau Adilovic, Frau El Alaoui (Stellvertreterin)**
- **1 Vertreter*in des Beirates für Behindertenfragen:**
 - **Herr Dr. Bruder, Herr Winkelmann (Stellvertreter)**
- **1 Vertreter*in des Seniorenrates:**
 - **Frau Huber, Herr Dr. Aubke (Stellvertreter)**
- **1 Vertreter*in des Psychiatriebeirates:**
 - **Herr Müller, Herr Klein (Stellvertreter)**

- **2 Vertreter*innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände:**
 - **Frau Häckel, Frau Puffer (Stellvertreterin)**
 - **Herr Paus, Herr Varnholt (Stellvertreter)**
- **Sozialdezernent der Stadt Bielefeld (Vorsitz)**
- **2 Vertreter*innen aus dem Büro für Sozialplanung (Schriftführung)**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Antrag der psychologischen Frauenberatung zur Fortführung einer Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6875/2020-2025

Vorsitzender Herr Klein bittet Frau Neumann um eine kurze Erläuterung. Sie kommt der Bitte nach: Die Beratungen durch die Interventionsstelle müssten innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis erfolgen und seien vom Ausmaß her sehr unterschiedlich. Im Unterschied zur Arbeit der Frauenberatungsstelle gehe es hier um Menschen jeglichen Geschlechts. Bisher sei das Land NRW noch nicht in die Finanzierung dieser Aufgabe eingestiegen.

Vorsitzender Herr Klein beendet die Aussprache mit der Feststellung, dass die Mitglieder des Psychiatriebeirates dem Antrag wohlwollend gegenüberstünden.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 10

Problemanzeigen und Lösungswege

Vorsitzender Herr Klein bittet um eine offene Diskussion darüber, welche Problemlagen besonders aufgefallen seien. Zusammen mit Frau Rüweler stellt er anhand einer Folie, die dieser Niederschrift beigelegt ist (**Anlage 3**), einzelne Themenfelder vor.

Zu Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel berichtet Herr Göke, dass der LWL seit 01.10.2023 bei qualifizierten Bewerbungen in der ambulanten Eingliederungshilfe auf die einjährige Berufserfahrung verzichte.

Es schließt sich eine Diskussion zur Verfügbarkeit von Psychotherapie an, an der sich auch Zuhörerinnen beteiligen. Nicht immer passten das Angebot und die Hilfesuchenden zusammen. So würden Therapietermine am Vormittag - vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie - weniger in Anspruch genommen. Auch sage die Anzahl der Therapieplätze nichts über die Schwerpunktsetzungen der Therapeut*innen. Es gebe z.B. zu wenige Plätze für Traumatherapie oder Borderline-Erkrankte; oft mangle es an notwendigen oder wünschenswerten Zusatzqualifikationen oder

Spezialisierungen. Dieses Thema werde auch mit dem Arbeitskreis niedergelassener Psychologischer Psychotherapeut*innen Bielefeld e.V. [app:] behandelt. Oft würden Betroffene an die Beratungsstellen verwiesen, weil ihnen kein Therapieplatz zur Verfügung gestellt werden könnte.

Frau Brandtmann kündigt an, dass sich die Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen in Bielefeld nach dem Vorbild von [app:] ebenfalls zusammenschließen wollten, um Fortbildungen und Kooperationen zu ermöglichen.

Eine ZuhörerIn meint, dass die Zugänge der Betroffenen zu Psychotherapie nicht einfach genug und die Schwellen zu hoch seien. Hier seien bessere Informationen für die Hausärzte und –ärztinnen und mehr Unterstützung für Betroffene wünschenswert.

Vorsitzender Herr Klein schließt die Aussprache und bedankt sich bei den Gästen.

-.-.-

Vorsitzender Herr Klein stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Rüdiger Klein

Britta Zimmermann